

In einem [kürzlich erschienenen Artikel](#) übten wir Kritik an Reaktionen auf die Wirtschaftskrise, die sich in einer kurzsichtigen Perspektive ausschließlich an der unmittelbaren Rettung von Arbeitsplätzen orientieren. Wir sprachen uns dafür aus, den aktuellen Herausforderungen strategisch zu begegnen und am Prinzip der aktiven Teilhabe orientiert Strukturen zu schaffen, die Vertrauen stärken und einer Wiederholung der Fehler vorbeugen, die uns in die aktuelle Krise geführt haben.

Was bedeutet diese Forderung nach aktiver Teilhabe? Um noch deutlicher zu machen, worum es uns geht und worum nicht, kommen wir noch einmal auf das Verhältnis zwischen unserem Verständnis von Teilhabepolitik und dem Einsatz für den Erhalt von Arbeitsplätzen zurück.

Für die bewusste und selbstbestimmte Gestaltung des eigenen Lebens und Lebensumfeldes kann Erwerbsarbeit eine Schlüsselrolle spielen – als sinnstiftende Tätigkeit, als Ausgangspunkt verschiedenster sozialer Kontakte und als Mittel zur Erzielung eines Einkommens. Förderung aktiver Teilhabe im Sinne der Gefat kann also auf keinen Fall bedeuten, Beschäftigungsförderung zugunsten anderer Ziele hinten anzustellen. Doch was bedeutet das im Konkreten? Wenn es in der Autoindustrie Arbeitsplätze gibt – ist dann die Förderung der Autoindustrie mit der Förderung gesellschaftlicher Teilhabe gleichzusetzen, weil letztere nun einmal über Erwerbsarbeit funktioniert?

Damit ist es ganz offensichtlich nicht getan. Jeder Politiker weiß von der Wichtigkeit bürgerschaftlichen Engagements zu reden, von Dingen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten, ohne dass Menschen dafür bezahlt werden. Auch abseits der Erwerbsarbeit gibt es viele Möglichkeiten, Nützliches zu tun, dabei Anerkennung zu erfahren, soziale Verbindungen aufzubauen und nicht zuletzt durch das eigene Wirken sein Umfeld mitzugestalten. Kurz: Chancen für aktive Teilhabe, in dem Sinne, wie wir als Gefat diesen Begriff verstehen.

Wer sich vor diesem Hintergrund dafür ausspricht, neben der Integration in die Erwerbsarbeit gleichberechtigt andere Möglichkeiten zu fördern, sich in die Gesellschaft einzubringen, bekommt zu hören, dass bürgerschaftliches Engagement vorwiegend von Menschen ausgeübt wird, die voll im Erwerbsleben stehen. Wer erwerbslos ist, engagiert sich seltener – das zeigen Untersuchungen. Diese Fakten lassen sich nicht ignorieren. Was folgt aber daraus? Sollten staatlich und zivilgesellschaftlich organisierte Bemühungen um gesellschaftliche Teilhabe doch grundsätzlich auf die Integration in die Erwerbsarbeit ausgerichtet werden, da diese ja offenbar die Basis für alles darstellt?

So wichtig Erwerbstätigkeit auch in vielerlei Hinsicht ist – ihre Erhebung zum höchsten oder sogar alleinigen Ziel erschwert es Menschen in vielen Zusammenhängen, eine aktive, gestaltende Rolle einzunehmen. Das gilt nicht nur in dem Sinn, dass Erwerbstätigen nach langen und anstrengenden Arbeitstagen oft nicht mehr genug Zeit und Energie bleibt, sich beispielsweise politisch zu engagieren. Ebenso sehr gilt es am Arbeitsplatz selbst. Was soll produziert werden? Welche Güter und Dienstleistungen werden gesellschaftlich gebraucht? Für eine bewusste Mitgestaltung des eigenen Umfelds kommt es nicht nur auf den Besitz irgendeines Arbeitsplatzes, sondern auch auf ein Bewusstsein für die gesellschaftliche Funktion der eigenen Arbeit an. Intelligente Beschäftigungsförderung schafft unter aktiver Einbeziehung der Betroffenen dort Arbeitsplätze, wo Arbeitsleistung jetzt und für die Zukunft gebraucht wird bzw. gesellschaftlich erwünscht ist. An die Stelle der oft hilflos anmutenden Stützung maroder Strukturen muss die gezielte Beschleunigung und bewusste Gestaltung eines Strukturwandels treten, der unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft zukunftsfähig macht. Dazu braucht es die gemeinschaftliche Entwicklung wert- und normorientierter Perspektiven in eine zu gestaltende Zukunft.

Darüber hinaus gebietet noch ein weiterer Aspekt, die Förderung von Erwerbsbeschäftigung in eine ganzheitliche Strategie einzubetten: Wenn der Erhalt der eigenen Stelle der oberste Imperativ ist, geht das in Zeiten der scharfen Konkurrenz um Arbeitsplätze leicht auf Kosten des Potenzials, die eigene Arbeit bewusst mitzugestalten und dabei, wo es nötig ist, auch einmal einen Konflikt mit Vorgesetzten zu riskieren. Die enorme Angst vor Erwerbslosigkeit hat natürlich zum einen mit der Angst um die materielle Lebensgrundlage zu tun. Solange die Existenzsicherung am Erwerbseinkommen hängt, erscheint Erwerbslosigkeit als existenzielle Gefahr. Was die Perspektive eines Jobverlustes für viele Menschen noch beängstigender macht, ist, dass damit außerdem der Entzug von Anerkennung und gesellschaftlicher Integration droht, die ja scheinbar nur über Erwerbsarbeit zu haben sind.

Nicht zuletzt deshalb bleibt es dringend notwendig, auch neben der Erwerbsarbeit und über sie hinaus Möglichkeiten aktiver Teilhabe zu schaffen und auszubauen. Dazu gehört auch „Empowerment“ - die Stärkung der Fähigkeit von Menschen, ihre Chancen auf bewusste Mitgestaltung ihres Umfelds und ihrer eigenen Rolle zu erkennen und effektiv zu nutzen. Dazu müssen auch neue Strukturen entwickelt und ausprobiert werden. Nur so können wir langsam das Denkmuster überwinden, nach dem Erwerbstätigkeit der privilegierte oder gar einzige Weg sei, etwas für die Gesellschaft zu tun – eine oft unbewusste Annahme, die das Selbstwertgefühl vieler Erwerbsloser so schwer beeinträchtigt, dass sie resignieren.

Als Gesellschaft für aktive Teilhabe ist unser Anliegen, dass sich Menschen selbstbestimmt in die Gesellschaft einbringen können. Das kann viele Formen annehmen – unter anderem die

Form von Erwerbstätigkeit. Eine Verengung des Begriffs der Teilhabe auf Erwerbsarbeit greift zu kurz. Ein Engagement, das die wichtige Dimension der Teilhabe in und über Erwerbsarbeit ausklammert, ebenso.